

Robert Hartlauer:
„Wenn das Urteil
da ist, bin ich in-
nerhalb eines Jah-
res startklar.“



Fotos: Tomschi, Tschopp

Zahnkliniken: Die Lücke für Hartlauer?

Während die Ärzte gerade gegen die Gesundheitsreform auf die Barrikaden steigen, braut sich für die Zahnärzte neuer Ärger am Horizont zusammen. Für Robert Hartlauer, der seit mittlerweile neun Jahren (!) für sein

VON SUSANNE BROSCHE

Projekt von Billig-Zahnkliniken in Österreich kämpft und diese Causa bis zum Europäischen Gerichtshof gebracht hat, sieht die Sache nun letztlich ganz gut aus. Am 1. Juli wird

EuGH könnte bald „Grünes Licht“ geben

der Generalanwalt dem EuGH seinen Entscheidungsvorschlag präsentieren. Das endgültige Urteil folgt im Herbst.

Prinzipiell geht es darum, dass selbständige Ärzte sich hierzulande beliebig (privat) niederlassen können, sobald aber angestellte Ärzte in einer Kapitalgesellschaft tätig sind, sieht das österreichische Ge-

setz eine Bedarfsprüfung vor. Hartlauer, der gegen den ausufernden „Zahntourismus“ nach Ungarn eigene private Diskont-Zahnkliniken errichten wollte, reichte konkrete Pläne bereits im Jahr 2000 ein. Die Ärztekammer revoltierte, die Bedarfsprüfung fiel prompt negativ aus. Der Geldabfluss ins Ausland durch Zahnbehandlungen machte damals schon bis zu 300 Mio. € im Jahr aus.

In der letzten Verhandlung meinte nun die Große Kammer des EuGH in Luxemburg sinngemäß, dass diese Ungleichbehandlung durch die Bedarfsprüfung in Österreich sehr widersprüchlich und eine Änderung wünschenswert sei. Hartlauer dazu: „Bevor das Urteil nicht auf dem Tisch liegt, investiere ich keinen Euro, aber wenn es da ist, bin ich innerhalb eines Jahres startklar.“

Apropos

Dr. Georg
Wailand



Pensionspaket – bitte warten?

Im derzeitigen Regierungschaos ist das „Pensionspaket“, auf das man sich schon geeinigt hatte, jetzt wieder verschoben worden, die „Pensionsreform sei nicht so akut“, meinte Kanzler Gusenbauer.

Diesem Argument kann ich nicht folgen. Endlich haben sich die Minister Buchinger und Bartenstein auf ein Modell für die künftige Pensionsanpassung geeinigt, das vernünftig ist und mehrere Vorteile bietet.

Erstens: Es holt den Streit um die Pensionshöhe aus den Niederungen des Parteienstreits auf eine sachliche Ebene. Das erleichtert eine gute Lösung und das befreit die Politiker von dem Zwang, „das Maximum für ihre Leute“ herauszupressen, egal, was die finanziellen Konsequenzen wären. Immerhin handelt es sich ja um eine Pensionsversicherung und nicht um ein Steuer„geschenk“.

Zweitens: Die Grundlagen für die so angepeilte Pensionsautomatik sind vernünftig gewählt: Von der Lebenserwartung bis hin zur Konjunktur, all das hat ganz konkret Auswirkungen auf das Pensionssystem. Dank dieses „Pensionspaketes“ würde die Lösung nicht, wie derzeit üblich, hinausgeschoben werden (was jede Reform nur teurer und noch schmerzhafter macht), sondern es würden die Anpassungen in kleinen Schritten rechtzeitig erfolgen.

Drittens: Natürlich bedürfen die dabei herauskommenden Maßnahmen der Akzeptanz durch die Politik, aber je sachbezogener das abläuft, desto besser ist das langfristig für die Betroffenen (vor allem für die Jüngeren!). In jedem Fall ist die angepeilte „Automatik“ um vieles klüger als der Forderungswettbewerb der Parteien, wenn sie im Hinblick auf die nächsten Wahlen (um unser Steuer-geld!) zu lizitieren beginnen...